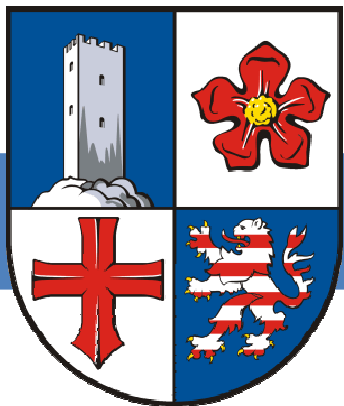


2017



# 1. Finanz- und Controllingbericht#



Kreis Bergstraße

30.04.2017

## **Vorbemerkungen zum Finanzteil des Berichts**

Nach § 28 GemHVO ist der Kreisausschuss verpflichtet, dem Kreistag mehrmals jährlich über den Stand des Haushaltsvollzugs zu unterrichten. Diese Unterrichtung erfolgt seit 2008 durch zwei Finanz- und Controllingberichte je Haushaltsjahr. Im Finanzteil des vorliegenden Berichts wird im Ergebnishaushalt auf Gesamthaushaltsebene sowie auf der Ebene der Teilhaushalte die jeweilige Entwicklung des Haushaltsvollzugs zum 30.04.2017 abgebildet und eine Prognose zum Ende des Haushaltsjahres 2017 abgegeben. Die Prognose basiert auf der Einschätzung der Produktverantwortlichen. Hierzu wurden die Produktverantwortlichen gebeten, bereits absehbare, haushaltswirksame Veränderungen, die 5 T€ je Produkt und Aufwands- bzw. Ertragsart überschreiten, mitzuteilen. Die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten, die Versorgungsaufwendungen und die Abschreibungen werden erst am Jahresende gebucht. Um eine realistischere Auswertung des Gesamtergebnisses zu gewährleisten, wurde bei diesen Positionen (kalkulatorisch) ein Buchungsstand zum 30.04.2017 unterstellt, der exakt 1/3 des Ansatzes entspricht. Beim Finanzhaushalt wurden die Investitionen und die Kreditaufnahme dargestellt. Außerdem wird über die seit Jahresbeginn aufgenommen Kredite und abgeschlossenen Derivativen Finanzinstrumente berichtet. Des Weiteren sind im Rahmen der Berichterstattung zum Kommunalen Schutzschirm die Veränderungen nach Produktbereichen gegliedert separat dargestellt. Ferner wird i. R. des Forderungswesens unter Teilhaushalt 1 über Forderungen des Kreises in der Vollstreckung sowie die Einnahmen aus der zentralen Rückstandsdatei für das Zulassungswesen berichtet.

## **Vorbemerkungen zum Controllingteil des Berichts**

Zu 26 der 69 Produkte im Haushaltsplan 2017 wurden 43 Ziele mit 49 Kennzahlen (i.d.R. Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung) definiert. Im Nachfolgenden sind diese Produkte, Ziele und Kennzahlen mit ihren derzeitigen und prognostizierten Zielerreichungsgraden wie folgt dargestellt:

- Ist = Wert zum Abfragezeitpunkt 30. April 2017
- Prognose = gemäß Einschätzung der Produktverantwortlichen zum 31.12.2017 voraussichtlich erreichter Zielerreichungsgrad
- Monitor = Einschätzung des Abweichungsgrades sowie des Steuerungsbedarfs:
  - Monitor "weiß": Verbesserung gegenüber dem Planwert; Ziel wird voraussichtlich erreicht oder übererfüllt; Steuerungsmaßnahmen sind nicht erforderlich (bei 42 Kennzahlen = 86 %)
  - Monitor "grau": Verschlechterung gegenüber dem Planwert; Ziel wird voraussichtlich nicht erreicht; Steuerungsmaßnahmen sind jedoch nicht möglich oder bereits durch die Produktverantwortlichen ergriffen (bei 6 Kennzahlen = 12 %)
  - Monitor "schwarz": Verschlechterung gegenüber dem Planwert; Ziel wird voraussichtlich nicht erreicht; Steuerungsmaßnahmen sind jedoch noch möglich, ggfs. auch durch die Kreisgremien (bei 1 Kennzahl = 2 %).

Zum Zweck der Vergleichbarkeit und Orientierung enthält der Controllingbericht jeweils die Daten aus den Jahresabschlüssen 2009 - 2016 incl. jeweiliger Abweichung Plan/Ist (in Kursivdruck), soweit die Ziele bzw. Kennzahlen im jeweiligen Haushaltsjahr bereits bestanden. Sofern Kennzahlen in %-Werten (Verhältniskennzahlen) angegeben sind, erfolgt zudem eine gesonderte Darstellung der absoluten Zahlen (Zähler / Nenner), beschränkt jedoch auf die Daten des aktuellen Controllingberichts.

## Gesamtergebnishaushalt

Beschreibung	Ansatz Haushalt 2017	Prognose zum 31.12.2017	Veränderung absolut	Veränderung prozentual	Ergebnis zum 30.04.2017	Prozentuale Ausschöpfung des Ansatzes
Privatrechtliche Leistungsentgelte	33.980 €	37.480 €	3.500 €	10,3%	18.791 €	55,3%
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	10.153.880 €	10.974.360 €	820.480 €	8,1%	4.986.370 €	49,1%
Kostenersatzleistungen und- erstattungen	23.802.109 €	23.906.008 €	103.899 €	0,4%	1.133.172 €	4,8%
Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen						
Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen	186.400.000 €	186.400.000 €	0 €	0,0%	65.865.976 €	35,3%
Erträge aus Tranferleistungen	92.901.290 €	94.386.090 €	1.484.800 €	1,6%	30.225.734 €	32,5%
Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen	116.063.104 €	118.627.698 €	2.564.594 €	2,2%	39.332.516 €	33,9%
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	7.730.800 €	7.730.800 €	0 €	0,0%	2.343.600 €	30,3%
Sonstige ordentliche Erträge	171.830 €	189.430 €	17.600 €	10,2%	21.796 €	12,7%
<b>Summe der ordentlichen Erträge</b>	<b>437.256.993 €</b>	<b>442.251.866 €</b>	<b>4.994.873 €</b>	<b>1,1%</b>	<b>143.927.955 €</b>	<b>32,9%</b>
Personalaufwendungen	41.634.900 €	40.321.900 €	-1.313.000 €	-3,2%	11.938.950 €	28,7%
Versorgungsaufwendungen	4.889.100 €	4.889.100 €	0 €	0,0%	0 €	0,0%
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	42.385.260 €	42.209.375 €	-175.885 €	-0,4%	11.034.025 €	26,0%
Abschreibungen	5.894.499 €	5.894.499 €	0 €	0,0%	1.929.666 €	32,7%
Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen	73.305.649 €	73.316.749 €	11.100 €	0,0%	24.733.491 €	33,7%
Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	52.429.000 €	52.432.000 €	3.000 €	0,0%	17.404.060 €	33,2%
Transferaufwendungen	199.845.008 €	201.989.208 €	2.144.200 €	1,1%	51.204.744 €	25,6%
Sonstige ordentliche Aufwendungen	7.600 €	7.672 €	72 €	0,9%	4.342 €	57,1%
<b>Summe der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 bis 18)</b>	<b>420.391.016 €</b>	<b>421.060.503 €</b>	<b>669.487 €</b>	<b>0,2%</b>	<b>118.249.278 €</b>	<b>28,1%</b>
<b>Verwaltungsergebnis</b>	<b>16.865.977 €</b>	<b>21.191.363 €</b>	<b>4.325.386 €</b>	<b>25,6%</b>	<b>25.678.677 €</b>	<b>152,3%</b>
Finanzerträge	528.010 €	218.385 €	-310.000 €	-58,6%	40.259 €	7,6%
Finanzaufwendungen	6.637.615 €	6.126.195 €	-511.420 €	-7,7%	665.377 €	10,0%
<b>Finanzergebnis</b>	<b>-6.109.605 €</b>	<b>-5.907.810 €</b>	<b>201.420 €</b>	<b>-3,3%</b>	<b>-625.118 €</b>	<b>10,2%</b>
<b>Ordentliches Ergebnis</b>	<b>10.756.372 €</b>	<b>15.283.553 €</b>	<b>4.526.806 €</b>	<b>42,1%</b>	<b>22.768.092 €</b>	<b>211,7%</b>
Außerordentliche Erträge	988.500 €	1.315.015 €	324.941 €	33,0%	946.061 €	95,7%
Außerordentliche Aufwendungen	1.925.900 €	2.337.669 €	411.337 €	21,4%	2.574.408 €	133,7%
<b>Außerordentliches Ergebnis</b>	<b>-937.400 €</b>	<b>-1.022.654 €</b>	<b>-92.896 €</b>	<b>9,1%</b>	<b>-1.628.347 €</b>	<b>173,7%</b>
<b>Jahresergebnis</b>	<b>9.818.972 €</b>	<b>14.240.899 €</b>	<b>4.433.910 €</b>	<b>45,0%</b>	<b>21.139.745 €</b>	<b>215,3%</b>

Das **Jahresergebnis** verbessert sich gegenüber dem vom Kreistag am 12.12.2016 beschlossenen und von der Aufsichtsbehörde mit Schreiben vom 28.02.2017 genehmigten Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2017 voraussichtlich um rd. 4.433,9 T€ auf einen Überschuss von rd. 14.240,9 T€. Für insgesamt 25 Produkte des Kreishaushalts wird im Jahresergebnis eine Verbesserung gegenüber den Haushaltsansätzen prognostiziert, für 7 Produkte wird mit einer Verschlechterung gerechnet, bei 37 Produkten werden keine Abweichungen von den Ansätzen prognostiziert. Für das **Ordentliche Ergebnis** ergibt sich eine prognostizierte Verbesserung von rd. 4.526,8 T€ gegenüber dem Haushaltsplan auf einen Überschuss von jetzt rd. 15.283 T€. Das entspricht einer positiven Abweichung vom vereinbarten **Konsolidierungspfad** i. H. von rd. 23.434,5 T€ bzw. 89,22 € je Einwohner. Damit ist nach wie vor gewährleistet, dass die Vorgaben, die sich aus dem Konsolidierungsvertrag mit dem Land Hessen im Rahmen der Teilnahme am Kommunalen Schutzschirm des Landes ergeben, erfüllt werden.

Die ordentlichen Erträge (+ 4.994,8 T€) und die ordentlichen Aufwendungen (+ 669,5 T€) erhöhen sich. Das prognostizierte **Verwaltungsergebnis** verbessert sich somit um 4.325,4 T€ auf rd. 21.191,4 T€. Auf der Ertragsseite erhöhen sich primär die Transfererträge sowie die Erträge aus Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke. Auf der Aufwandsseite erhöhen sich v.a. die Transferaufwendungen, die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sowie die Personalaufwendungen verringern sich. Das **Finanzergebnis** stellt sich mit einer prognostizierten Verbesserung von rd. 201,4 T€ ebenfalls positiv dar. Im **Außerordentlichen Ergebnis** wird mit Verschlechterungen i. H. v. rd. 92,9 T€ gerechnet.

Bei den **Personalaufwendungen** wird gegenüber der Veranschlagung insgesamt eine Einsparung i. H. v. 1.313 T€ prognostiziert. Diese entsteht überwiegend durch zeitweise Vakanzen.

## Teilhaushalt 01 – Zentrale Verwaltung

Beschreibung	Ansatz Haushalt 2017	Prognose zum 31.12.2017	Veränderung absolut	Veränderung prozentual	Ergebnis zum 30.04.2017	Prozentuale Ausschöpfung des Ansatzes
Summe der ordentlichen Erträge	11.333.480 €	11.472.110 €	138.630 €	1,2%	4.239.999 €	37,4%
Summe der ordentlichen Aufwendungen	31.216.271 €	30.732.871 €	-483.400 €	-1,5%	10.501.381 €	33,6%
<b>Verwaltungsergebnis</b>	<b>-19.882.791 €</b>	<b>-19.260.761 €</b>	<b>622.030 €</b>	<b>-3,1%</b>	<b>-6.261.382 €</b>	<b>31,5%</b>
Finanzergebnis	56.000 €	56.000 €	0 €	0,0%	18.941 €	33,8%
<b>Ordentliches Ergebnis</b>	<b>-19.826.791 €</b>	<b>-19.204.761 €</b>	<b>622.030 €</b>	<b>-3,1%</b>	<b>-6.242.441 €</b>	<b>31,5%</b>
Außerordentliches Ergebnis	28.200 €	34.128 €	5.928 €	21,0%	77.342 €	274,3%
<b>Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen</b>	<b>-19.798.591 €</b>	<b>-19.170.633 €</b>	<b>627.958 €</b>	<b>-3,2%</b>	<b>-6.165.099 €</b>	<b>31,1%</b>

Das ordentliche Ergebnis verbessert sich um rd. 622 T€ gegenüber dem Ansatz.

Ertragsverbesserungen bei den öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten (+108,6 T€), rd. 7,9 T€ Erhöhungen bei den Kostenersatzleistungen, 4,5 T€ Mehrertrag aus Zuweisungen sowie erhöhte sonstige Erträge (+17,6 T€) verbessern die ordentlichen Erträge um rd. 138,6 T€. Diesem Mehrertrag stehen höhere Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (+59,6 T€) sowie erhebliche Einsparungen bei den Personalaufwendungen (-545 T€) gegenüber. Insgesamt verbessert sich somit das Verwaltungsergebnis um rd. 622 T€.

Bei den **Personalaufwendungen** wird in diesem Teilhaushalt mit weniger Aufwendungen i. H. v. insgesamt 545 T€ gerechnet. Aufgrund von Änderungen hinsichtlich der Produktzuordnung ist bei den Produkten *Pressearbeit* (-33,3 T€) und *Ordnungs- und Gewerbewesen* (-72 T€) und Brand- und Katastrophenschutz (-134,5 T€) mit Einsparungen zu rechnen. Des Weiteren erhöht sich der Personalaufwand in den Bereichen *IT-Management* um 55,2 T€ (Personalveränderungen) und im Bereich *Revision* um 40,7 T€ (zusätzlicher befristeter Personalaufwand). Aufgrund von Stellenvakanzen ergeben sich dagegen Einsparungen beim Personalaufwand bei folgenden Produkten:

- Personalmanagement und -entwicklung (- 73,5 T€)
- Zentrales Controlling (- 51,6 T€)
- Beschäftigtenvertretung (- 77 T€)
- Buchhaltung, Zahlungsverkehr und Vollstreckung (- 54,9 T€)
- Aufenthalts- Personenstandsrecht und Ausländerbeauftragte (- 24,5 T€)

Außerdem ergeben sich Einsparungen i. H. v. 119,6 T€ beim Produkt *Fleischhygiene* aufgrund von rückläufigen Zahlen der Schlachtungen.

Die **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** erhöhen sich um rd. 59,6 T€. Diese Verschlechterung ist zum einen auf einen Mehraufwand von 27,5 T€ bei dem Produkt Buchhaltung und Zahlungsverkehr (Erhöhung der Leistungsentgelte / Kontogebühren ab April 2017 durch die Sparkasse Starkenburg) als auch bei dem Produkt Rettungsdienst (Hochrechnung aufgrund vorliegender Verträge und bereits geleisteter Verpflichtungen) in Höhe von rd. 21 T€. Im Produkt Haushaltsplanung und Finanzmanagement erhöht sich der Sachaufwand um 11,5 T€ (Versicherungsbeitrag für Inhaltsversicherung wurde irrtümlich beim Kreis statt bei L-SG abgebucht und auch von dort erstattet, sodass die Erträge sich in diesem Produkt um ebendiese 11,5 T€ erhöhen).

## Forderungswesen: Forderungen in der Vollstreckung, Zentrale Rückstandsdatei

Es befinden sich derzeit (Stand 04.05.2017) 5.113 Forderungen in der **Vollstreckung**. Es handelt sich hierbei um 2.563 **eigene Forderungen** und um 2.550 **Fremdforderungen**.

Die Einnahmen aus der **Zentralen Rückstandsdatei** für das Zulassungswesen betragen von Februar 2010 bis April 2017 rd. 775 T€.

## Teilhaushalt 02 – Schule und Kultur

Beschreibung	Ansatz Haushalt 2017	Prognose zum 31.12.2017	Veränderung absolut	Veränderung prozentual	Ergebnis zum 30.04.2017	Prozentuale Ausschöpfung des Ansatzes
Summe der ordentlichen Erträge	72.869.900 €	72.786.681 €	-83.219 €	-0,1%	25.925.469 €	35,6%
Summe der ordentlichen Aufwendungen	71.562.208 €	71.407.308 €	-154.900 €	-0,2%	22.414.370 €	31,3%
<b>Verwaltungsergebnis</b>	<b>1.307.692 €</b>	<b>1.379.373 €</b>	<b>71.681 €</b>	<b>5,5%</b>	<b>3.511.099 €</b>	<b>268,5%</b>
Finanzergebnis	-981.150 €	-981.150 €	0 €	0,0%	-330.627 €	33,7%
<b>Ordentliches Ergebnis</b>	<b>326.542 €</b>	<b>398.223 €</b>	<b>71.681 €</b>	<b>22,0%</b>	<b>3.180.472 €</b>	<b>974,0%</b>
Außerordentliches Ergebnis	20.000 €	20.000 €	0 €	0,0%	-21.632 €	-108,2%
<b>Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen</b>	<b>346.542 €</b>	<b>418.223 €</b>	<b>71.681 €</b>	<b>20,7%</b>	<b>3.158.840 €</b>	<b>911,5%</b>

Das ordentliche Ergebnis verbessert sich um rd. 71,7 T€ gegenüber dem Ansatz. Die prognostizierten Veränderungen beim ordentlichen Ergebnis betreffen ausschließlich die *Kreisvolkshochschule*. Ertragseinbußen bei den öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten i. H. von 83,2 T€ stehen Einsparungen bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen von 154,9 T€ gegenüber. Nach Verabschiedung des Haushaltsplans wurde der Ansatz sowohl bei den Erträgen als auch bei den Aufwendungen pauschal um 300 T€ zur Durchführung von Deutschkursen für Flüchtlinge erhöht. Die Bedarfsmeldungen, die vom Amt für Soziales gemeldet wurden, wurden abgedeckt. Derzeit sind die Kurszahlen niedriger als erwartet. Im regulären KVHS Programm führen steigende Teilnehmerzahlen und eine höhere Kursauslastung als auch ein der Nachfrage angepasstes Kursangebot zu höheren Gebühreneinnahmen bei nur geringfügig steigenden Honorarausgaben für Dozenten.

## Teilhaushalt 03 – Soziales und Jugend

Beschreibung	Ansatz Haushalt 2017	Prognose zum 31.12.2017	Veränderung absolut	Veränderung prozentual	Ergebnis zum 30.04.2017	Prozentuale Ausschöpfung des Ansatzes
Summe der ordentlichen Erträge	165.219.532 €	169.832.232 €	4.612.700 €	2,8%	48.280.086 €	255,8%
Summe der ordentlichen Aufwendungen	246.599.401 €	248.360.516 €	1.761.115 €	0,7%	63.230.933 €	140,0%
<b>Verwaltungsergebnis</b>	<b>-81.379.869 €</b>	<b>-78.528.284 €</b>	<b>2.851.585 €</b>	<b>-3,5%</b>	<b>-14.950.847 €</b>	<b>115,7%</b>
Finanzergebnis	0 €	375 €	0 €		886 €	236,3%
<b>Ordentliches Ergebnis</b>	<b>-81.379.869 €</b>	<b>-78.527.909 €</b>	<b>2.851.585 €</b>	<b>-3,5%</b>	<b>-14.949.961 €</b>	<b>19,0%</b>
Außerordentliches Ergebnis	-985.600 €	-1.135.400 €	-149.800 €	15,2%	-1.685.102 €	148,4%
Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen	-82.365.469 €	-79.663.309 €	2.701.785 €	-3,3%	-16.635.063 €	20,9%

Das ordentliche Ergebnis verbessert sich um rd. 2.851,6 T€. Die ordentlichen Erträge (+4.612,7 T€) erhöhen sich deutlich gegenüber der Veranschlagung aber auch die ordentlichen Aufwendungen (+ 1.761,1 T€) steigen. Die einzelnen Teilbereiche stellen sich dabei wie folgt dar:

### Teilbereich Soziales (Produkte 3010 bis 3060, 3080, 3101, 3130 und 3220):

Bei den ordentlichen Erträgen werden insgesamt Verbesserungen i. H. von rd. 3.136,6 T€ prognostiziert, bei den ordentlichen Aufwendungen entsteht eine Erhöhung i. H. von rd. 675,3 T€, so dass sich das ordentliche Ergebnis im Teilbereich Soziales um rd. 2.461,3 T€ gegenüber der Haushaltsplanung verbessert. Diese Verbesserung von rund 7% ist hauptsächlich auf die derzeit ruhige Lage im Bereich des Asylbewerberleistungsgesetzes zurückzuführen.

Abhängig von der Entwicklung der kaum kalkulierbaren Flüchtlingsströme im weiteren Jahresverlauf ist es durchaus möglich, dass die geplanten Finanzvolumina noch ausgeschöpft werden.

Die einzelnen Hilfearten entwickeln sich voraussichtlich wie folgt:

- **Hilfe zum Lebensunterhalt (3010):** Das ordentliche Ergebnis verbessert sich um 259 T€. Bei der Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen wurden die prognostizierten Fallzahlen bislang nicht erreicht und die Kosten pro Fall liegen deutlich unter den Prognosewerten, sodass hier eine Einsparung von 69 T€ erwartet wird.  
Für die Aufwendungen für die Verwandtenpflege beim Jugendamt wird bislang von keiner Prognoseänderung ausgegangen.

Bei der Hilfe zum Lebensunterhalt innerhalb von Einrichtungen hat die Einführung des Pflegestärkungsgesetzes III zu strukturellen Änderungen in der Verwaltung geführt. Ab 2017 werden die Einkommen der Hilfeempfänger/innen vorrangig auf Leistungen der Grundsicherung und der Hilfe zum Lebensunterhalt angerechnet. Derzeit wird davon ausgegangen, dass bei 144 Personen der Barbetrag aus dem eigenen Einkommen gedeckt werden kann (190 T€). Es ist eine entsprechende Verschiebung in die Hilfe zur Pflege zu erwarten.

- **Hilfe zur Pflege (3020):** Das ordentliche Ergebnis verschlechtert sich um rd. 190 T€. Auch bei diesem Produkt ist die prognostizierte Veränderung ausschließlich auf den Transferaufwand zurückzuführen. Die Einführung des Pflegestärkungsgesetzes III hat zu strukturellen Änderungen in der Verwaltung geführt. Ab 2017 werden die Einkommen der Hilfeempfänger/innen vorrangig auf Leistungen der Grundsicherung und der Hilfe zum Lebensunterhalt angerechnet. Es ist eine entsprechende Verschiebung in die Hilfe zur Pflege zu erwarten. Vgl. auch die Ausführungen zum Produkt 3010 i. E.
- **Eingliederungshilfe für behinderte Menschen (3030):** Das ordentliche Ergebnis verschlechtert sich um 970 T€. Die Prognose orientiert sich an den Ergebnissen aus den Monaten Januar – April 2017. Insbesondere in den Hilfen zur angemessenen Schulbildung sind signifikante Steigerungen zu verzeichnen. Hier wurde in den ersten vier Monaten des Jahres 2017 rd. 210 T€ mehr aufgewendet als im Vergleichszeitraum des Vorjahres, dies entspricht einer Steigerung der Kosten von 37%. Bei näherer Betrachtung stellt man fest, dass es sowohl bei der Anzahl der Fälle (17%) als auch in den Kosten pro Fall zu Steigerungen kam.

Erfahrungsgemäß kommt es zum Schuljahreswechsel vorübergehend zu einem Rückgang, so dass das Ergebnis möglicherweise nicht ganz so hoch ausfällt.

**Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (3060):** Das ordentliche Ergebnis verschlechtert sich um rd. 24,3 T€. Die Transferaufwendungen erhöhen sich um 586 T€. Die prognostizierten Fallzahlen außerhalb von Einrichtungen wurden bis Ende April 2017 noch nicht erreicht (2.152 statt 2.209 Fälle), während die durchschnittlichen Kosten pro Fall mit 507 € statt 464 € signifikant gestiegen sind, was insgesamt zu einem Mehraufwand i. H. von 800 T€ führt und den Prognosewert erheblich überschreitet. Die Beteiligung des Bundes gem. § 46a SGB XII i. H. v. 100 % des Nettotransferaufwandes steigt analog.

Bei der Grundsicherung in Einrichtungen wurden die Fallzahlen bis Ende April 2017 ebenfalls nicht erreicht (136 statt 240 Fälle) wobei die durchschnittlichen Aufwendungen pro Fall den Planansatz erheblich überschreiten (326 € statt 258 €), was in der Summe zu einem Mehraufwand von 586 T€ führt. Im weiteren Jahresverlauf kann mit einer Angleichung an die Plandaten gerechnet werden. Die Beteiligung des Bundes gem. § 46a SGB XII i. H. v. 100 % des Nettotransferaufwandes sinkt analog.



Die Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen erhöhen sich daher um rd. 561,7 T€ auf rd. 13.390,7 T€. Davon entfallen 13.381,7 T€ auf die Zuweisung des Bundes gem. § 46a SGB XII (100% des prognostizierten Nettoaufwandes, Reduzierung analog Transferaufwand) und 9.000 € auf die pauschale Kostenerstattung nach § 7 Landesaufnahmegesetz (bis zu 6 Personen à 120 € mtl.).

- **Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (3080):** Das ordentliche Ergebnis verbessert sich signifikant um rd. 3.192,6 T€. Aus einem prognostizierten Defizit von rd. 5.550,9 T€ wird ein Defizit von 2.358,3 T€.
  - o Die **Transferaufwendungen** verringern sich um rd. 609,8 T€. Für das II. Quartal 2017 hat das Regierungspräsidium die Zuweisungsquote mit 253 Personen festgelegt, d. h. rund 85 Personen pro Monat. Da der Flüchtlingsstrom in den Sommermonaten erfahrungsgemäß zunimmt, kommt es im III. und IV. Quartal eines Jahres regelmäßig zu steigenden Zuweisungszahlen. Die aktuelle Kalkulation geht mit einer sehr vorsichtigen Schätzung davon aus, dass es zu einer Steigerung von 20% gegenüber dem jeweiligen Vorquartal kommt. In den Monaten Januar – Mai 2017 wurden durchschnittlich 130 Personen an die Job-Center abgegeben. Es wird davon ausgegangen, dass sich die Abgänge weiterhin auf diesem Niveau bewegen. Aufgrund der weltweit unklaren Situation (Ausweichrouten zur Balkanroute, Entwicklungen in der Türkei, stärkerer Zustrom über das Mittelmeer in den Sommermonaten), ist durchaus damit zu rechnen, dass die Flüchtlingsströme im Jahresverlauf erneut anschwellen und die Planansätze ausgeschöpft werden. Die Entwicklung stellt sich im Einzelnen wie folgt dar:
    - § 2 AsylbLG:
      - Lfd. Leistungen 1.592 Personen (statt 624) x 287 € mtl. (statt 297,30 €) = 5.482.500 € (statt 2.227.000 €)
      - Krankenhilfe = 1.318.000 € (unverändert)
      - Sonstige Hilfen = 12.500 € (statt 3.000 €)
    - § 3 AsylbLG:
      - Lfd. Leistungen 1.823 Personen (statt 2.498) x 285 € mtl. (statt 336 €) = 6.215.600 € (statt 10.070.400 €)
      - Krankenhilfe = 3.626.600 € (unverändert)
      - Arbeitsgelegenheit = 30.000 € (statt 50.000 €)
  - o Die **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** verringern sich ebenfalls (- 16.985 €). Die aktuelle Prognose geht davon aus, dass die Zuweisungen weiterhin sehr moderat bleiben und nur in geringem Umfang neue Gemeinschaftsunterkünfte aquiriert werden müssen. Ein erhebliches Problem stellen die Leistungsberechtigten nach dem SGB II dar, die noch immer in den Gemeinschaftsunterkünften leben weil nicht ausreichend sozialer Wohnraum zur Verfügung steht. Die Aufwendungen für diesen Personenkreis werden zwischenzeitlich buchhalterisch gesondert dargestellt. Vgl. hierzu auch die Erläuterungen zu den privatrechtlichen

Leistungsentgelten. Es ist damit zu rechnen, dass der geplante Ansatz im Jahresverlauf ausgeschöpft wird. Im Einzelnen stellt sich die Entwicklung wie folgt dar:

- Kreiseigene Gemeinschaftsunterkünfte und Umnutzung ehemaliger Bürogebäude: 2.841.000 € (statt 461.200 €)
  - Angemietete Gemeinschaftsunterkünfte: 15.500.000 € (statt 18.821.590 €)
  - Privatwohnungen: 2.067.000 € (statt 2.843.000 €)
  - KdU für LB SGB II in GU 1.700.000 € (neu)
  - Integrationsmaßnahmen und Koordination Ehrenamt: 350.000 € (unverändert)
  - Betriebskosten Verwaltung: 67.000 € (statt 66.195 €)
- Im Gegenzug erhöhen sich die **Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen** um 2.057,8 T€. Die aktuelle Kalkulation (3.000 statt 2.822 Personen) basiert auf den Abrechnungen für das I. und II. Quartal 2017 und der Annahme, dass es bis auf weiteres bei der aktuellen Zuweisungsquote von 100 Personen monatlich bleibt und gleichzeitig Abgänge in ähnlichem Umfang in das Leistungssystem nach dem SGB II erfolgen.  
Die Erstattungen für die Krankenhilfe ist ein Schätzwert und orientiert sich an den Vorjahresergebnissen.
- Die **Erträge der Leistungsentgelte** erhöhen sich auf 550 T€ (statt 42 T€). Sofern ein Leistungsberechtigter nach AsylbLG Einkommen erzielt und in einer Gemeinschaftsunterkunft wohnt, ist er an den Kosten der Unterkunft zu beteiligen. Die Höhe des Entgeltes orientiert sich an der Verteilungs- und Unterbringungsgebührenordnung (VUBGebV) und variiert je nach Einkommen und Haushaltsstruktur. Im I. Quartal 2017 sind durch diese Regelungen in insgesamt 68 Fällen Forderungen in unterschiedlicher Höhe entstanden. Bei Leistungsberechtigten nach dem SGB II in Gemeinschaftsunterkünften werden seit März 2016 ebenfalls die Kostenanteile nach vg. Gebührenordnung von den Job-Centern gezahlt. Diese sind jedoch nicht kostendeckend.  
Um eine transparente Darstellung zu ermöglichen werden Aufwand und Ertrag für diesen Personenkreis gesondert gebucht, vgl. hierzu die Position „KdU für LB SGB II in GU“ unter „Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen“ – Prognose.  
Zum 01.04.2017 waren insgesamt 1.009 Personen mit Bleibeberechtigung in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht. In den ersten vier Monaten des Jahres 2017 kamen durchschnittlich 124 Personen pro Monat hinzu.  
Angesichts der Anzahl von Leistungsberechtigten im AsylbLG, die eine gute Bleibeperspektive haben und mittelfristig in das SGB II wechseln werden, ist keine Trendwende zu erwarten. Da die Lage am sozialen Wohnungsmarkt ebenfalls mehr als ernüchternd ist, kann auch nicht mit Auszügen in größerem Umfang gerechnet werden.  
Der Prognose liegt eine sehr moderate Schätzung zu Grunde.
- Die **Erträge aus Transferleistungen** sind unverändert (4.512 T€).

- Ferner wurde die Prognose der außerordentlichen Erträge (+224,6 T€) und Aufwendungen (+266,6 T€) an die aktuellen Buchungsstände angepasst (-42 T€).
  - o Die **Personalaufwendungen** verringern sich um 78,1 T€ aufgrund von zeitweisen Vakanzen und Beendigungen von Arbeitsverhältnissen.
- Bei den Produkten **Hilfe zur Gesundheit (3040)** und **Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten und in anderen Lebenslagen (3050)** verbessert sich das ordentliche Ergebnis um insgesamt knapp 8 T€. Diese Verbesserung resultiert aus Anpassungen an den jeweiligen Buchungsstand bei den Transfererträgen.
- **Sonstige Hilfen und Sozialleistungen (3130):** Im außerordentlichen Bereich sind Erträge i. H. von 27 T€ ohne Ansatz entstanden. Diese resultieren aus einer pauschalen Kostenerstattung für Spätaussiedler als Nachzahlung für IV/2016.

Bei den Produkten 3101 und 3220 werden keine wesentlichen Veränderungen gegenüber den Haushaltsansätzen erwartet.

### **Teilbereich Jugend (Produkte 3120, 3140 bis 3210)**

Das ordentliche Ergebnis bei den Produkten des Jugendamtes verbessert sich um rd. 390,2 T€. Die ordentlichen Erträge erhöhen sich voraussichtlich um 1.477,0 T€, die ordentlichen Aufwendungen steigen um rd. 1,086,8 T€. Die einzelnen Hilfearten entwickeln sich dabei voraussichtlich wie folgt:

- **Unterhaltsvorschussleistungen (3120):** Das ordentliche Ergebnis verbessert sich um 210 T€. Ein Anstieg der Transfererträge um 1.477 T€ wird durch die Gesetzesänderung zum 01.07.2017 erwartet. Die Gewährung des Unterhaltsvorschusses kann dann bis zum 18. Lebensjahr (bisher nur bis zum 12. Lebensjahr) und dann auch ohne zeitliche Begrenzung (bislang nur 72 Monate) erfolgen. Eine valide Aussage über die finanziellen Auswirkungen ist derzeit nur bedingt möglich.  
Bei den Transferaufwendungen ist festzustellen, dass die Aufwandsentwicklung zum Erhebungszeitpunkt leicht rückläufig ist. Allerdings wird auch hier durch die Gesetzesänderung zum 01.07.2017 mit einem Fallzahlenanstieg und damit auch mit steigenden Kosten (1.267 T€) gerechnet. Auch hier ist eine valide Aussage über die finanziellen Auswirkungen nur bedingt möglich. Die Zahl der Antragsteller kann im

Bereich Unterhaltsvorschuss nicht beeinflusst werden kann. Des Weiteren sind die Aufwendungen und Erträge im Bereich Unterhaltsvorschuss immer von der finanziellen Leistungsfähigkeit der beteiligten Personen abhängig.

- **Förderung von Kindern und Jugendlichen in Institutionen und in Tagespflege (3140):** Das ordentliche Ergebnis wird vorraussichtlich wie geplant eingehalten werden. Sowohl auf der Ertragsseite als auch auf der Aufwandseite werden nur marginale Veränderungen erwartet.
- **Prävention, Förder-, Unterstützungs- u. erzieherische Beratungsleistungen (3151):** Das ordentliche Ergebnis wird vorraussichtlich wie geplant eingehalten werden. Sowohl auf der Ertragsseite als auch auf der Aufwandseite werden nur marginale Veränderungen erwartet. Die Personalaufwendungen reduzieren sich wegen zeitweisen Vakanzen um 66,5 T€ gegenüber dem Ansatz.
- **Hilfe zur Erziehung (3170):** Die Kostenentwicklung bei den Hilfen zur Erziehung inklusiver der umA's können derzeit nicht prognostiziert werden. Es wird damit gerechnet, dass der Kreis Bergstraße im zweiten Halbjahr 2017 wieder umA's nach Zuweisungsquote aufnehmen muss. Derzeit liegen noch keine Zuweisungsquoten vor.
- **Hilfe für junge Volljährige (3190):** Zur Begründung wird auf die Erläuterung bei Produkt 3170 verwiesen. Immer mehr umA's werden volljährig und bleiben nach wie vor in der Obhut des Jugendamtes.
- Der Personalaufwand reduziert sich um 65,6 T€ aufgrund von zeitweisen Vakanzen.
- **Eingliederungshilfe (3200):** da in den vergangenen zwei Jahren in diesem Produkt ein stetiger Anstieg von Kosten und Fallzahlen beobachtet wurde, wird dieses Produkt derzeit von den Dezernenten quartalsweise gesondert geprüft um ggfs. Gegensteuerungsmaßnahmen zu entwickeln. Die momentane Entwicklung liegt im Rahmen der geplanten Aufwendungen und Fallzahlen.
- **Andere Aufgaben der Jugendhilfe (3210):** Auch hier wird in der Begründung auf die Erläuterung bei Produkt 3170 verwiesen.

## Teilhaushalt 04 – Gesundheit und Sport

Beschreibung	Ansatz Haushalt 2017	Prognose zum 31.12.2017	Veränderung absolut	Veränderung prozentual	Ergebnis zum 30.04.2017	Prozentuale Ausschöpfung des Ansatzes
Summe der ordentlichen Erträge	902.200 €	1.018.200 €	116.000 €	12,9%	108.081 €	12%
Summe der ordentlichen Aufwendungen	3.626.839 €	3.476.239 €	-150.600 €	-4,2%	907.408 €	25%
<b>Verwaltungsergebnis</b>	<b>-2.724.639 €</b>	<b>-2.458.039 €</b>	<b>266.600 €</b>	<b>-9,8%</b>	<b>-799.326 €</b>	<b>29%</b>
Finanzergebnis	0 €	0 €	0 €		5.739 €	
Ordentliches Ergebnis	-2.724.639 €	-2.458.039 €	266.600 €	-9,8%	-793.587 €	29%
Außerordentliches Ergebnis	0 €	571 €	-571 €	0 €	571 €	
<b>Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen</b>	<b>-2.724.639 €</b>	<b>-2.457.468 €</b>	<b>266.029 €</b>	<b>0 €</b>	<b>-793.016 €</b>	<b>29%</b>

Das **ordentliche Ergebnis** verbessert sich um 266,6 T€ gegenüber den Haushaltsansätzen. Einer Erhöhung der **ordentlichen Erträge** (+116 T€). Der Ertragsseite steht eine Reduzierung der **ordentlichen Aufwendungen** um rd. 150,6 T€ auf der Aufwandsseite gegenüber.

Beim Produkt *Gesundheitshilfen und Prävention* wird eine Ergebnisverbesserung i. H. von 49,6 T€ im ordentlichen Ergebnis erwartet. Die öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte erhöhen sich um 17 T€ nach aktueller Hochrechnung. Weitere Mehrerträge in Höhe von 75 T€ ergeben sich aufgrund der Abrechnung der Kosten des Kinder- und Jugendärztlichen Dienstes mit dem Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft. Aufgrund einer noch nicht besetzten Arztstelle werden sich diese Erträge dennoch in der Jahressumme unter der Summe des Vorjahres bewegen. Bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen entsteht durch versehentliche Doppelveranschlagung ein geringerer Aufwand in Höhe von rd. 7,2 T€.

Beim Produkt *Gesundheitsschutz* wird mit einer leichten Ergebnisverschlechterung gerechnet. Im Bereich der öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte entsteht ein Mehrertrag in Höhe von 24 T€ aufgrund der Begehungszahlen. Allerdings entsteht bei den Sach- und Dienstleistungen Mehraufwand in Höhe von 24,3 T€ aufgrund von Aufwendungen für bezogene Leistungen (Umgebungsuntersuchungen TBC).

Für das Produkt *Sportförderung* werden keine Änderungen gegenüber den Haushaltsansätzen erwartet.

## Teilhaushalt 05 – Gestaltung der Umwelt

Beschreibung	Ansatz Haushalt 2017	Prognose zum 31.12.2017	Veränderung absolut	Veränderung prozentual	Ergebnis zum 30.04.2017	Prozentuale Ausschöpfung des Ansatzes
Summe der ordentlichen Erträge	5.830.681 €	6.111.863 €	281.182 €	4,8%	2.184.151 €	37,5%
Summe der ordentlichen Aufwendungen	15.886.297 €	15.578.569 €	-307.728 €	-1,9%	4.189.244 €	26,4%
<b>Verwaltungsergebnis</b>	<b>-10.055.616 €</b>	<b>-9.466.706 €</b>	<b>588.910 €</b>	<b>-5,9%</b>	<b>-2.005.093 €</b>	<b>19,9%</b>
Finanzergebnis						
Ordentliches Ergebnis	-10.055.616 €	-9.466.706 €	588.910 €	-5,9%	-2.005.093 €	19,9%
Außerordentliches Ergebnis	0 €	-6.953 €	-6.953 €	0,0%	-5.937 €	
Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen	-10.055.616 €	-9.473.659 €	581.957 €	-5,9%	-2.011.030 €	20,0%

Das **ordentliche Ergebnis** verbessert sich um rd. 588,9 T€ gegenüber den Planansätzen. Die ordentlichen Erträge erhöhen sich voraussichtlich um rd. 281,2 T€, die ordentlichen Aufwendungen reduzieren sich um 307,7 T€.

Die **Personalaufwendungen** verringern sich um 219,9 T€. Dies ist auf diverse Vakanzen bei den Planstellen zurückzuführen.

Beim Produkt 5090, *Verwaltung der Kreisstraßen*, sind außerordentliche Aufwendungen i.H. von rd. 7 T€ entstanden. Es handelt sich um periodenfremde Aufwendungen.

Beim Produkt 5051, *Bauaufsicht, Baugenehmigung und Wohnbauförderung*, erhöht sich zum einen **der Ertrag bei den öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten** um 250 T€ und zum anderen reduziert sich **der Aufwand für Sach- und Dienstleistungen** um 100 T€. Die Gebühren stehen in Abhängigkeit von qualitativen und quantitativen Anträgen und basieren auf Erfahrungswerten und bei den Aufwendungen ist die Einführung der elektronischen Akte ist noch nicht abgeschlossen sodass die Mittel für eine Digitalisierung der (Alt-)Akten werden in diesem Jahr nicht abgerufen werden. Somit verbessert sich das Jahresergebnis um insgesamt 350 T€.

Beim Produkt 5130, *Landwirtschaft, Landschaftspflege und Forsten*, erhöhen sich die **Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen** um 12 T€. Da in diesem Jahr bereits jetzt höhere Anzahl von potentiellen Vertragspartnern für Maßnahmen der Landschaftspflege in Natura 2000 Gebieten gewonnen werden konnte, wurde durch das RP Darmstadt eine entsprechende Zuweisung von rund 12 T€

zugesichert. Nach Umsetzung der Maßnahme durch die Projekt- bzw. Vertragspartner, wird der Zuschuss durch den Kreis an diese weitergeleitet, somit erhöhen sich die **Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse** ebenso um rd. 12 T€, sodass das Verwaltungsergebnis unverändert bleibt.

Die **Kostenersatzleistungen und -erstattungen** beim Produkt 5170, *Wirtschaftsförderung und Tourismus*, erhöhen sich 20 T€. Es handelt sich um eine höhere Erstattung von Personalkosten für die Geschäftsführung-Geopark.

Bei den Produkten 5010, 5020 und 5070 werden keine wesentlichen Veränderungen gegenüber den Haushaltsansätzen erwartet.

## Teilhaushalt 06 – Zentrale Finanzleistungen

Beschreibung	Ansatz Haushalt 2017	Prognose zum 31.12.2017	Veränderung absolut	Veränderung prozentual	Ergebnis zum 30.04.2017	Prozentuale Ausschöpfung des Ansatzes
Summe der ordentlichen Erträge	181.101.200 €	181.030.780 €	-70.420 €	0,0%	60.904.702 €	33,6%
Summe der ordentlichen Aufwendungen	51.500.000 €	51.505.000 €	5.000 €	0,0%	17.005.942 €	33,0%
<b>Verwaltungsergebnis</b>	<b>129.601.200 €</b>	<b>129.525.780 €</b>	<b>-75.420 €</b>	<b>-0,1%</b>	<b>43.898.760 €</b>	<b>33,9%</b>
Finanzergebnis	-5.184.455 €	-4.983.035 €	201.420 €	-3,9%	-320.057 €	-4,0%
<b>Ordentliches Ergebnis</b>	<b>124.416.745 €</b>	<b>124.542.745 €</b>	<b>126.000 €</b>	<b>0,1%</b>	<b>43.578.703 €</b>	<b>29,9%</b>
Außerordentliches Ergebnis					6.411 €	
<b>Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen</b>	<b>124.416.745 €</b>	<b>124.549.245 €</b>	<b>126.000 €</b>	<b>0,1%</b>	<b>43.585.114 €</b>	<b>29,9%</b>

Im Produkt 6020, *Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft*, verbessert sich das **Finanzergebnis** um rd. 201,4 T€. Die **Finanzerträge** reduzieren sich um rd. 310 T€. Bei den Bankzinsen aus Derivatgeschäften ist wegen der niedrigen Geldmarktzinsen mit Mindererträgen von rd. 310,0 T€ zu rechnen. Die **Finanzaufwendungen** reduzieren sich um 511,4 T€. Aufgrund des günstigen Zinsniveaus sowie der späteren Aufnahme von Investitionskrediten werden sich die Bankzinsen voraussichtlich um rd. 141,0 T€ und die Zinsen im Rahmen des Kommunalinvestitionsprogramms um rd. 70,4 T€ verringern. Bei den Zinsen für Kassenkredite werden wegen der niedrigen Geldmarktzinsen und der geringeren Inanspruchnahme der Kreditlinien Einsparungen von rd. 300,0 T€ erwartet.

Die im Rahmen des Kommunalinvestitionsprogramms gewährten Schuldendiensthilfen des Landes reduzieren sich um rd. 70,4 T€, da die Förderdarlehen später als geplant aufgenommen werden und aufgrund der günstigen Verzinsung geringere Zinsaufwendungen entstehen. Durch diese Reduzierung der Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen verringern sich die **ordentlichen Erträge** um eben diesen Betrag. Im Saldo verbessert sich demnach das **ordentliche Ergebnis** um 126 T€.

## Gesamtfinanzhaushalt

Nr.	Beschreibung	Haushalt Ansatz 2017	Prognose zum 31.12.2017	Veränderung
1	Jahresergebnis der Gesamtergebnisrechnung	9.818.972 €	14.240.899 €	4.421.927 €
2	Zahlungsunwirksame Vorgänge	1.953.099 €	1.953.099 €	0 €
<b>3</b>	<b>Zahlungsmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit</b>	<b>11.772.071 €</b>	<b>16.193.998 €</b>	<b>4.421.927 €</b>
4	Einzahlungen aus Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen	10.576.300 €	10.576.300 €	0 €
5	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenstände d. Sachanlagevermögens u. immat. AV		0 €	0 €
6	Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	41.836 €	41.836 €	0 €
7	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und immat. AV	-12.940.200 €	-12.940.200 €	0 €
8	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	-65.000 €	-65.000 €	0 €
9	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-3.630.000 €	-3.630.000 €	0 €
10	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-150.000 €	-150.000 €	0 €
<b>11</b>	<b>Zahlungsmittelfluss aus Investitionstätigkeit</b>	<b>-6.167.064 €</b>	<b>-6.167.064 €</b>	<b>0 €</b>
10	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und der Begebung von Anleihen	210.767.064 €	210.767.064 €	0 €
12	Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten und Anleihen	-216.451.600 €	-220.851.600 €	-4.400.000 €
<b>13</b>	<b>Zahlungsmittelfluss aus Finanzierungstätigkeit</b>	<b>-5.684.536 €</b>	<b>-10.084.536 €</b>	<b>-4.400.000 €</b>
<b>14</b>	<b>Zahlungsmittelüberschuss/-fehlbedarf des Haushaltsjahres (Pos. 3, 1 und 14)</b>	<b>-79.529 €</b>	<b>-57.602 €</b>	<b>21.927</b>



**Zu Nr. 10:** Die geplante Kreditaufnahme für Investitionen bleibt unverändert gegenüber dem Ansatz.

Seit 2010 wird im Rahmen der Finanz- und Controllingberichte über die aufgenommenen Investitions- und Kassenkredite sowie über die abgeschlossenen Derivativen Finanzierungsinstrumente berichtet. Im Rahmen des Kreditportfoliomanagements wurden in der Zeit vom 01.01. – 30.04.2017 folgende Geschäfte abgeschlossen:

- Aufnahme des Investitionskredits 487 in Höhe von 1.146.100 € mit einem Zinssatz von 0,28 % für die Gesamtlaufzeit von rd. 10 Jahren (KfW)
- Aufnahme des Investitionskredits 488 in Höhe von 1.620.000 € mit einem Zinssatz von 0,705 % für die Gesamtlaufzeit von 10 Jahren.

**Zu Nr. 11:** Die prognostizierte Tilgung von Krediten setzt sich zusammen aus

- 214.400.000 € Tilgung für Kassenkredite und
- 6.451.600 € Tilgung für Investitionskredite

Aufgrund des günstigen Zinsniveaus sowie der späteren Aufnahme von Investitionskrediten werden sich die Bankzinsen voraussichtlich um rd. 141,0 T€ und die Zinsen im Rahmen des Kommunalinvestitionsprogramms um rd. 70,4 T€ verringern. Bei den Zinsen für Kassenkredite werden wegen der niedrigen Geldmarktzinsen und der geringeren Inanspruchnahme der Kreditlinien Einsparungen von rd. 300,0 T€ erwartet.

Der prognostizierte **Kassenkreditbestand** verringert sich somit zum Jahresende 2017 voraussichtlich von rd. 213,15 Mio. € (Stand zum 31.12.2016) um rd. 9,8 Mio. € auf rd. 203,35 Mio. €. Zum 30.04.2017 betrug der Stand der Kassenkredite 204.350.000 €.

## Kommunaler Schutzschirm

Die voraussichtlichen Abweichungen vom Konsolidierungspfad (Anlage 1 zum Konsolidierungsvertrag mit dem Land Hessen) wirken sich auf Produktbereichsebene im Haushaltsvollzug des Jahres Haushaltsjahres 2016 voraussichtlich wie folgt auf das Ordentliche Ergebnis aus:

Produktbereich	Vorgabe Schutzschirm: Ergebnis je Einwohner	Vorgabe Schutzschirm: Ergebnis absolut in T€	Prognose Ergebnis absolut in T€	Prognose Ergebnis je Einwohner	Differenz absolut in T€	Differenz je Einwohner
01 Innere Verwaltung	- 43,53 €	- 11.433,2	- 13.786,3	- 52,49 €	- 2.353,1	- 8,96 €
02 Sicherheit und Ordnung	- 10,48 €	- 2.752,6	- 3.316,1	- 12,63 €	- 563,5	- 2,15 €
03 Schulträgeraufgaben	18,02 €	4.733,0	428,5	1,63 €	- 4.304,5	- 16,39 €
04 Kultur und Wissenschaft	- 1,52 €	- 399,2	- 446,8	- 1,70 €	- 47,6	- 0,18 €
05 Soziale Leistungen	- 175,34 €	- 46.053,1	- 48.477,3	- 184,57 €	- 2.424,2	- 9,23 €
06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	- 126,43 €	- 33.206,8	- 28.713,1	- 109,32 €	4.493,7	17,11 €
07 Gesundheitsdienst	- 8,31 €	- 2.182,6	- 1.911,3	- 7,28 €	271,3	1,03 €
08 Sportförderung	- 0,67 €	- 176,0	- 159,1	- 0,61 €	16,9	0,06 €
09 Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformation	- 2,49 €	- 654,0	- 933,5	- 3,55 €	- 279,5	- 1,06 €
10 Bauen und Wohnen	- 1,39 €	- 365,1	- 533,5	- 2,03 €	- 168,4	- 0,64 €
12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	- 13,77 €	- 3.616,7	- 6.536,8	- 24,89 €	- 2.920,1	- 11,12 €
13 Natur- und Landschaftspflege	- 2,76 €	- 724,9	- 481,4	- 1,83 €	243,5	0,93 €
14 Umweltschutz	- 1,09 €	- 286,3	- 575,2	- 2,19 €	- 288,9	- 1,10 €
15 Wirtschaft und Tourismus	- 3,40 €	- 893,0	- 1.159,1	- 4,41 €	- 266,1	- 1,01 €
16 Allgemeine Finanzwirtschaft	318,93 €	83.767,0	119.985,3	456,83 €	36.218,3	137,90 €
<b>Summe ordentliches Ergebnis</b>	<b>- 54,23 €</b>	<b>- 14.243,5</b>	<b>13.384,1</b>	<b>50,96 €</b>	<b>27.627,8</b>	<b>105,19 €</b>

# Controllingbericht I/2017

Zu 26 der 69 Produkte im Haushaltsplan 2017 wurden 43 Ziele mit 49 Kennzahlen (i.d.R. Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung) definiert. Im Nachfolgenden sind diese Produkte, Ziele und Kennzahlen mit ihren derzeitigen und prognostizierten Zielerreichungsgraden wie folgt dargestellt:

Ist = Wert zum Abfragezeitpunkt 30. April 2017

Prognose = gemäß Einschätzung der Produktverantwortlichen zum 31.12.2017 voraussichtlich erreichter Zielerreichungsgrad

Monitor = Einschätzung des Abweichungsgrades sowie des Steuerungsbedarfs:

- Monitor "weiß": Verbesserung gegenüber dem Planwert; Ziel wird voraussichtlich erreicht oder übererfüllt; Steuerungsmaßnahmen sind nicht erforderlich (bei 42 Kennzahlen = 86 %)

- Monitor "grau": Verschlechterung gegenüber dem Planwert; Ziel wird voraussichtlich nicht erreicht; Steuerungsmaßnahmen sind jedoch nicht möglich oder bereits durch die Produktverantwortlichen ergriffen (bei 6 Kennzahlen = 12 %)

- Monitor "schwarz": Verschlechterung gegenüber dem Planwert; Ziel wird voraussichtlich nicht erreicht; Steuerungsmaßnahmen sind jedoch noch möglich, ggfs. auch durch die Kreisgremien (bei 1 Kennzahl = 2 %).

Zum Zweck der Vergleichbarkeit und Orientierung enthält der Controllingbericht jeweils die Daten aus den Jahresabschlüssen 2009 - 2016 incl. jeweiliger Abweichung Plan/Ist (in Kursivdruck), soweit die Ziele bzw. Kennzahlen im jeweiligen Haushaltsjahr bereits bestanden. Sofern Kennzahlen in %-Werten (Verhältniskennzahlen) angegeben sind, erfolgt zudem eine gesonderte Darstellung der absoluten Zahlen (Zähler / Nenner), beschränkt jedoch auf die Daten des aktuellen Controllingberichts.

<b>Produkt:</b>	<b>HHJ</b>	<b>Plan</b>	<b>Ist</b>	<b>Prog./ Abw.</b>	<b>M</b>
-----------------	------------	-------------	------------	--------------------	----------

## **1030 Bürgerservice und Ehrenerweise**

### **1 Die Kunden im Bürgerbüro sind mit den Öffnungszeiten, dem Leistungsangebot und dem Service insgesamt zufrieden und erteilen im Durchschnitt die Note "gut" (schriftliche Umfrage, Fragebogen)**

a Notendurchschnitt der Fragebögen (gut = 2) in Bezug auf die Zufriedenheit mit den Öffnungszeiten

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Durchschnittswert aus 113 Befragungen.

I/2017	2	1,35	2	
JA 2016	2	1,23	-39 %	
JA 2015	2	1,18	-41 %	
JA 2014	2	1,21	-40 %	
JA 2013	2	1,24	-38 %	
JA 2012	2	1,27	-37 %	
JA 2011	2	1,33	-34 %	

b Notendurchschnitt der Fragebögen (gut = 2) in Bezug auf die Zufriedenheit mit den Leistungsangeboten im Bürgerbüro

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Sh. Erläuterungen zu Kennzahl 1a

I/2017	2	1,28	2	
JA 2016	2	1,20	-40 %	
JA 2015	2	1,15	-43 %	
JA 2014	2	1,20	-40 %	
JA 2013	2	1,24	-38 %	
JA 2012	2	1,26	-37 %	
JA 2011	2	1,27	-37 %	

**Produkt:**

- c Notendurchschnitt der Fragebögen (gut = 2) in Bezug auf die Zufriedenheit mit dem Service insgesamt  
 Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Sh. Erläuterungen zu Kennzahl 1a

HHJ	Plan	Ist	Prog./ Abw.	M
I/2017	2	1,15	2	
JA 2016	2	1,17	-42 %	
JA 2015	2	1,13	-44 %	
JA 2014	2	1,21	-40 %	
JA 2013	2	1,21	-40 %	
JA 2012	2	1,18	-41 %	
JA 2011	2	1,18	-41 %	

**1051 Personalmanagement und -entwicklung****1 Deckelung der Personalaufwendungen**

Festschreibung der Höhe der Personalaufwendungen (in Mio. €)

Gründe der Abweichung: Bei den Personalaufwendungen wird zum Stand 30.04.2017 gegenüber der Veranschlagung 2017 insgesamt ein Minderbedarf i. H. v. rd. -1.313,0 T€ prognostiziert. Dieser prognostizierte Minderbedarf gegenüber dem Haushaltsansatz setzt sich wie folgt zusammen: Einsparungen in Höhe von rd. -3,0 T€ resultieren aus einer Verringerung der Beiträge zur Unfallversicherung. Im Bereich des Produktes „Fleischhygiene“ sind, bedingt durch eine rückläufige Zahl der Schlachtungen, Minderaufwendungen in Höhe von rd. -120,0 T€ zu verzeichnen. Ferner hatten Erkrankungen ohne Lohnfortzahlungen bis zum Stichtag 30.04.2017 gegenüber der Veranschlagung zum Haushalt 2017 Minderausgaben in Höhe von rd. -195,0 T€ zur Folge. Einsparungen in Höhe von rd. -995,0 T€ gegenüber der Veranschlagung können - nach dem derzeitigen Stand – bis zum Jahresende insbesondere aufgrund Personalbewirtschaftungsmaßnahmen – prognostiziert werden. Diese Personalbewirtschaftungsmaßnahmen beinhalten insbesondere: verzögerte Wiederbesetzung vakanter Stellen (Stellenanteilen) sowie interne Besetzung von Stellen (hierdurch Reduzierung von Personalkosten).

I/2017	41,6349	11,9243	40,3219	
JA 2016	36,6367	35,8355	-2,2 %	
JA 2015	33,3757	32,8918	-1,5 %	
JA 2014	36,0511	34,7378	-3,6 %	
JA 2013	33,9179	32,9709	-3 %	
JA 2012	32,4707	32,3247	-0,5 %	
JA 2011	31,4555	32,5287	3 %	
JA 2010	31,143	32,5655	5 %	
JA 2009	30,6	30,9	1 %	

**Produkt:**

2

Personalaufwandsquote = Personalaufwendungen x 100 / Summe der ordentlichen Aufwendungen  
 Kennzahl (absolut): Personalaufwendungen in Mio. € / Summe der ordentlichen Aufwendungen in Mio. €  
 Gründe der Abweichung: Sh. Erläuterungen zu Kennzahl 1

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Eine unterjährige Betrachtung dieser Kennzahl ist nicht sinnvoll, da es sich um jahresbezogene Aufwendungen handelt.

HHJ	Plan	Ist	Prog./ Abw.	M
I/2017	9,90 %	sh. Erl.	9,58 %	
JA 2016	8,72 %	9,50 %	8,21 %	
JA 2015	9,96 %	9,65 %	-3 %	
JA 2014	10,76 %	10,70 %	-0,6 %	
JA 2013	10,45 %	10,60 %	1 %	
JA 2012	10,09 %	10,21 %	1 %	
JA 2011	9,93 %	10,47 %	5 %	
JA 2010	10,02 %	10,77 %	7 %	
JA 2009	10,17 %	10,48 %	3 %	
I/2017	41,6349 / 420,3910	sh. Erl.	40,3219 / 421,0605	

**1121 Förderung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern****1 Mind. 50 % Frauen in Leitung (Abteilungsleitung oder Stellvertretung) in der Kreisverwaltung**

Anteil Frauen in Leitung (Abteilungsleitung oder Stellvertretung) in der Kreisverwaltung

Gründe der Abweichung: Es kommt immer auf die tatsächlich besetzten Stellen zum Stichtag an.

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Bei Unterrepräsentanz werden in den Stellenausschreibungen besonders Frauen aufgefordert, sich zu bewerben.

I/2017	min. 50 %	56 %	59 %	
JA 2016	min. 50 %	54 %	8 %	
JA 2015	min. 50 %	57 %	14 %	
JA 2014	min. 50 %	58 %	16 %	
I/2017	21 / 41	22 / 39	23 / 39	

**2 5 Führungspositionen (Abteilungsleitung oder Stellvertretung) in Teilzeit in der Kreisverwaltung**

Anzahl der Führungspositionen (Abteilungsleitung oder Stellvertretung) in Teilzeit in der Kreisverwaltung

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: In den Stellenausschreibungen wird ebenfalls darauf hingewiesen, dass die Stelle grundsätzlich teilbar ist.

I/2017	5	8	8	
JA 2016	6	7	17 %	
JA 2015	8	5	-38 %	
JA 2014	8	4	-50 %	

**Produkt:**

HHJ      Plan      Ist      Prog./ Abw. M

**3 2 Führungspositionen (Abteilungsleitung oder Stellvertretung) in Jobsharing in der Kreisverwaltung**

Anzahl der Führungspositionen (Abteilungsleitung oder Stellvertretung) in Jobsharing in der Kreisverwaltung

Gründe der Abweichung: Es wurde keine weitere Führungsposition in Jobsharing besetzt.

I/2017	2	1	1	
JA 2016	2	1	-50 %	
JA 2015	2	1	-50 %	
JA 2014	2	1	-50 %	

**1261 Zulassungs- und Fahrerlaubniswesen****1 Reduzierung der Warte- und Bearbeitungszeiten**

Durchschnittliche Bearbeitungszeit im Teilbereich "Zulassungen" (in Minuten)

(gemessen ab dem ersten Kontakt bei Eintritt = Empfang Wartemarke bis zum letzten Bearbeitungsschritt = Zahlung an der Kasse)

I/2017	max. 30	28	30	
JA 2016	max. 30	41	37 %	
JA 2015	max. 30	47	57 %	
JA 2014	max. 30	37	23 %	
JA 2013	max. 30	33	10 %	
JA 2012	max. 30	23	-23 %	
JA 2011	max. 30	35	17 %	
JA 2010	max. 30	32	7 %	

**1300 Fleischhygiene****1 Vollständige Schlacht tier- und Fleischuntersuchung**

Anzahl der untersuchten Tiere / Anzahl der geschlachteten Tiere gesamt

I/2017	100 %	100 %	100 %	
JA 2016	100 %	100 %	0 %	
JA 2015	100 %	100 %	0 %	
JA 2014	100 %	100 %	0 %	
JA 2013	100 %	100 %	0 %	
JA 2012	100 %	100 %	0 %	
JA 2011	100 %	100 %	0 %	
JA 2010	100 %	100 %	0 %	
JA 2009	100 %	100 %	0 %	
I/2017	235.000 / 235.000	58.138 / 58.138	235.000 / 235.000	

**Produkt:****2 Vollständiger Verbraucherschutz**

Anzahl der zum Verzehr freigegebenen Tiere / Anzahl der untersuchten Tiere gesamt

	HHJ	Plan	Ist	Prog./ Abw.	M
I/2017	99 %	99,9 %	99 %		
JA 2016	95 %	99,9 %	5 %		
JA 2015	95 %	99,9 %	5 %		
JA 2014	95 %	99,9 %	5 %		
JA 2013	95 %	99,9 %	5 %		
JA 2012	96 %	99 %	3 %		
JA 2011	95 %	97 %	2 %		
JA 2010	95 %	95 %	0 %		
I/2017	232.650 / 235.000	58.076 / 58.138	232.650 / 235.000		

**1311 Allgemeines Veterinärwesen****1 Tierschutz durch Überwachung gewerblicher und privater Tierhaltungen**

Anzahl der überprüften Tierhaltungen

I/2017	500	145	500		
JA 2016	500	388	-22 %		
JA 2015	700	406	-42 %		
JA 2014	890	331	-63 %		
JA 2013	890	373	-58 %		
JA 2012	935	564	-40 %		
JA 2011	1.000	638	-36 %		

**2 Schutz des Verbrauchers durch Überprüfung von Lebensmittelbetrieben**

Anzahl der vorgefundenen Verstöße / Anzahl der durchgeführten Kontrollen im Bereich der amtlichen Lebensmittelüberwachung

I/2017	50 %	53 %	50 %		
JA 2016	50 %	50 %	0 %		
JA 2015	50 %	50 %	0 %		
I/2017	900 / 1.800	304 / 575	900 / 1.800		

**Produkt:**

HHJ      Plan      Ist      Prog./ Abw. M

**3 Schutz des Verbrauchers vor Gesundheitsschädigung, Täuschung und Irreführung**Anzahl der eingegangenen Verbraucherbeschwerden im Bereich amtliche Lebensmittelüberwachung  
gesamt

I/2017	76	7	76	
JA 2016	76	48	-37 %	
JA 2015	76	65	-14 %	

**4 Vorbeugende Tierseuchenbekämpfung, Überprüfung der Einhaltung der tierseuchenrechtlichen Bestimmungen (national und EU-Recht)**

Anzahl der überprüften Betriebe im Rahmen der Tierseuchenbekämpfung

I/2017	250	129	250	
JA 2016	250	306	22 %	
JA 2015	320	334	4 %	
JA 2014	320	298	-7 %	
JA 2013	320	349	9 %	
JA 2012	315	81	-74 %	
JA 2011	320	293	-8 %	

**5 Überprüfung der Einhaltung von Cross-Compliance-Verpflichtungen von Betriebsinhabern**

Durchführung aller vorgegebenen Kontrollen, die von der Aufsichtsbehörde gefordert sind

I/2017	100 %	6 %	100 %	
JA 2016	100 %	100 %	0 %	
JA 2015	100 %	100 %	0 %	
JA 2014	100 %	100 %	0 %	
JA 2013	100 %	100 %	0 %	
JA 2012	100 %	100 %	0 %	
I/2017	50 / 50	2 / 33	50 / 50	

**1331 Aufenthalts-, Personenstandsrecht und Ausländerbeauftragte****1 Integration der Migrationsbevölkerung im Kreis Bergstraße: Steigerung der Anzahl der durchgeführten Integrationskurse**

Durchgeführte Integrationskurse

I/2017	46	7	46	
--------	----	---	----	--



**1361 Brand- und Katastrophenschutz**

**1 Brandschutz: Durchführung der Gefahrenverhütungsschauen innerhalb der gesetzlich definierten Frist**

Durchgeführte Gefahrenverhütungsschauen innerhalb der gesetzlich definierten Frist / durchzuführende Gefahrenverhütungsschauen

Gründe der Abweichung: Erhöhte termingebundene Anzahl von baurechtlichen Stellungnahmen und Stellungnahmen zu Bauleitverfahren.

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Erreichen der Zielvorgaben durch Abarbeiten der vorgegebenen Objektlisten.

I/2017	100 %	20 %	60 %	
JA 2016	100 %	53 %	-47 %	
JA 2015	100 %	46 %	-54 %	
JA 2014	100 %	86 %	-14 %	
JA 2013	100 %	87 %	-13 %	
JA 2012	100 %	92 %	-8 %	
JA 2011	69 %	61 %	-12 %	
JA 2010	69 %	53 %	-23 %	
JA 2009	100 %	59 %	-41 %	
I/2017	200 / 200	39 / 200	120 / 200	

**2 Brandschutz: Durchführung mindestens einer Fortbildungsveranstaltung für Feuerwehrführungskräfte nach Dienstgraderlass**

Aus- / Fortbildungsstunden je Feuerwehrführungskraft

I/2017	min. 6	8	8	
JA 2016	min. 6	8	33 %	
JA 2015	min. 6	8	0 %	
JA 2014	min. 6	8	33 %	
JA 2013	min. 6	8	33 %	
JA 2012	min. 6	8	33 %	
JA 2011	min. 6	8	33 %	
JA 2010	min. 6	8	33 %	
JA 2009	min. 6	7	17 %	

**Produkt:****3 Katastrophenschutz: Erhöhung der Anzahl der Stabsmitglieder**

Anzahl der Stabsmitglieder am 31.12.

HHJ	Plan	Ist	Prog./ Abw.	M
I/2017	80	84	84	
JA 2016	100	70	-30 %	
JA 2015	100	70	-30%	
JA 2014	100	89	-11 %	
JA 2013	100	92	-8 %	
JA 2012	100	94	-6 %	
JA 2011	100	95	-5 %	
JA 2010	95	91	-4 %	
JA 2009	92	86	-7 %	

**4 Katastrophenschutz: Weiterführung der Ausbildung der Stabsmitglieder**

Thematische Ausbildungsveranstaltungen für die Stabsmitglieder

I/2017	min. 4	2	4	
JA 2016	min. 4	3	-25 %	
JA 2015	min. 4	2	-50 %	
JA 2014	min. 4	5	25 %	
JA 2013	min. 4	5	25 %	
JA 2012	min. 4	5	25 %	
JA 2011	min. 4	6	50 %	
JA 2009	-	6	-	

**1362 Rettungsdienst****1 Sicherstellung einer bedarfsgerechten und wirtschaftlichen rettungsdienstlichen Versorgung im Kreis Bergstraße nach dem Hessischen Rettungsdienstgesetz**

Jedes an einer Straße stattfindende Notfallereignis soll in der Regel innerhalb von zehn Minuten erreicht werden (Hilfsfrist)

Gründe der Abweichung: Infektionswelle, Fahrzeugausfälle durch Desinfektionsmaßnahmen.  
Auswirkungen u.a. von Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen, Straßensperrungen.

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Auf die o.g. Gründe für die Verzögerungen kann der Rettungsdienst nicht steuernd eingreifen.

I/2017	90 %	86,7 %	90 %	
--------	------	--------	------	--

**2080 Schülerbeförderung**

**1 Hohe Zufriedenheit in der Schülerbeförderung in Bezug auf Auslastung / Sitzplätze**

Anzahl der Beschwerden je 1.000 Schülerzeitkarten

I/2017	max. 2	0,16	0,47	
JA 2016	max. 2	1,77	-12 %	
JA 2015	max. 2	1,12	-44 %	
JA 2014	max. 2	0,32	-84 %	
JA 2013	max. 2	0,44	-78 %	
JA 2012	max. 2	0,42	-79 %	
JA 2011	max. 2	0,52	-74 %	
JA 2010	ohne	2	-	
I/2017	max. 13 / 6.318	1 / 6.318	3 / 6.318	

**2 Hohe Zufriedenheit in der Schülerbeförderung in Bezug auf Wartezeit / Verspätung**

Anzahl der Beschwerden je 1.000 Schülerzeitkarten

Gründe der Abweichung: Das Straßennetz im Kreis Bergstraße ist auch in 2017 wieder massiv von Baumaßnahmen betroffen. Aufgrund zum Teil großräumiger Umleitungen entstehen neue Verkehrsbeziehungen. Die zusätzliche Verkehrsbelastung auf diesen Streckenabschnitten führt dann zu nicht vermeidbaren Verspätungen.

I/2017	max. 2	2,53	7,60	
JA 2016	max. 2	6,43	222 %	
JA 2015	max. 2	5,12	-156 %	
JA 2014	max. 2	1,59	-21 %	
JA 2013	max. 2	2,66	33 %	
JA 2012	max. 2	2,23	12 %	
JA 2011	max. 2	3,90	95 %	
JA 2010	ohne	2	-	
I/2017	max. 13 / 6.318	16 / 6.318	48 / 6.318	

**Produkt:****3 Hohe Zufriedenheit in der Schülerbeförderung in Bezug auf die Busqualität**

Anzahl der Beschwerden je 1.000 Schülerzeitkarten

HHJ	Plan	Ist	Prog./ Abw.	M
I/2017	max. 2	0,32	0,95	
JA 2016	max. 2	0,16	-92 %	
JA 2015	max. 2	0,32	-84 %	
JA 2014	max. 2	0,48	-76 %	
JA 2013	max. 2	0,15	-93 %	
JA 2012	max. 2	0,56	-72 %	
JA 2011	max. 2	0,26	-87 %	
JA 2010	ohne	1	-	
I/2017	max. 13 / 6.318	2 / 6.318	6 / 6.318	

**2100 Kreisvolkshochschule****1 Niedrige Ausfallquote**

Anzahl Ausfälle Kurse / Anzahl angebotene geplante Kurse (jeweils ohne Berücksichtigung des Fachbereichs 1 - Gesellschaft)

HHJ	Plan	Ist	Prog./ Abw.	M
I/2017	max 25 %	16 %	16 %	
JA 2016	max 25 %	18 %	-28 %	
JA 2015	max 25 %	16 %	-36 %	
JA 2014	max 25 %	21 %	-16 %	
JA 2013	max 25 %	20 %	-20 %	
JA 2012	max 25 %	17 %	-32 %	
JA 2011	max 25 %	17 %	-32 %	
JA 2010	max 25 %	17 %	-32 %	
JA 2009	max 25 %	15 %	-40 %	
I/2017	max. 232 / 925	71 / 454	148 / 925	

**Produkt:**

2

Deckungsbeitrag Stufe 1

Kennzahl (absolut): Teilnehmergebühren / Dozentenonorare (je in €)

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Schwerpunktmäßig erfolgen die Einnahmen (Gebühren) zum Semesterbeginn, die Ausgaben (Honorare) zum Semesterende. Daher ist eine unterjährige Betrachtung der Kennzahl nicht sinnvoll bzw. aussagekräftig

Erläuterung Kennzahl allgemein: Die Kennzahl zeigt, wie stark die Teilnehmergebühren nach Abzug der Dozentenonorare zur Deckung der weiteren Kosten beitragen (Quotient aus Gebühreneinnahmen und Honorarausgaben).

HHJ	Plan	Ist	Prog./ Abw.	M
I/2017	1,4	3,4	1,4	
JA 2016	1,5	1,4	-7 %	
JA 2015	1,5	1,5	0 %	
JA 2014	1,4	1,4	0 %	
JA 2013	1,4	1,4	0 %	
JA 2012	1,4	1,4	0 %	
JA 2011	1,3	1,4	8 %	
JA 2009	-	1,3	-	
I/2017	510.000 / 354.000	260.810 / 77.386	763.600 / 532.500	

3

Kostendeckung

Kennzahl (absolut): Teilnehmergebühren / Zuschüsse und Kostenersätze (je in €)

Gründe der Abweichung: Zum Zeitpunkt der Kennzahlenberechnung war noch nicht abzusehen, in welchem Umfang die KVHS mit der Organisation von Deutschkursen für Flüchtlinge beauftragt würde. Die Kosten für diese Kurse werden der KVHS vom Amt für Soziales erstattet. Die daraus resultierenden Erträge und die gestiegene Kursauslastung im regulären KVHS-Programm senken insgesamt den Kreiszuschuss.

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Eine unterjährige Betrachtung der Kennzahl ist nicht sinnvoll, da sowohl der Kreiszuschuss als auch der Landeszuschuss erst zu einem späteren Zeitpunkt überwiesen werden.

Erläuterung Kennzahl allgemein: Die Kennzahl zeigt das Verhältnis zwischen Gebühreneinnahmen und Einnahmen aus Zuschüssen.

I/2017	51:49	sh. Erl.	60:40	
JA 2016	52:48	62:38	19 %	
JA 2015	53:47	56:44	6 %	
JA 2014	52:48	48:52	-8 %	
JA 2013	51:49	52:48	2 %	
JA 2012	52:48	54:46	4 %	
JA 2011	51:49	52:48	2 %	
JA 2009	-	54:46	-	
I/2017	510.000 / 495.200	sh. Erl.	763.600 / 506.100	

**Produkt:**

4

Zuschuss in € pro Unterrichtseinheit (UE)

Kennzahl (absolut): Kreis- und Landeszuschuss in € / UE

Gründe der Abweichung: Durch die Erträge aus den Deutschkursen für Flüchtlinge und die gestiegene Kursauslastung sinkt der Kreiszuschuss. Gleichzeitig steigt die Zahl der Unterrichtseinheiten.

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Eine unterjährige Betrachtung der Kennzahl ist nicht sinnvoll, da sowohl der Kreiszuschuss als auch der Landeszuschuss erst zu einem späteren Zeitpunkt überwiesen werden.

Erläuterung Kennzahl allgemein:

Die Kennzahl beschreibt das absolute Niveau der Refinanzierung durch Zuschüsse für die Durchführung einer Unterrichtseinheit (Quotient aus Kreis-/Landeszuschuss und Unterrichtseinheiten).

HHJ Plan Ist Prog./ Abw. M

I/2017	32	sh. Erl.	27	
JA 2016	32	22	31 %	
JA 2015	30	27	10 %	
JA 2014	32	37	16 %	
JA 2013	32	32	0 %	
JA 2012	30	28	-7 %	
JA 2011	28	30	7 %	
JA 2009	-	26	-	
I/2017	495.200 / 15.300	sh. Erl.	506.100 / 18.800	

**3120 Unterhaltsvorschussleistungen****1 Die Rückholquote aller Forderungsfälle beträgt 20 %**

Summe der Einnahmen nach § 7 UVG x 100 / Summe der Ausgaben ./ Einnahmen nach § 5 UVG

Absolute Kennzahl: (in €)

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Abweichungen erklären sich durch zeitversetzte Abrechnungen, krankheits- und urlaubsbedingte Verzögerungen in der Fallabwicklung. Der Durchschnittswert für die ersten 4 Monate des Jahres 2017 beträgt 16,9 %.

I/2017	20 %	19,2 %	20 %	
JA 2016	20 %	19,2 %	-4 %	
JA 2015	20 %	16,1%	-19 %	
JA 2014	20 %	13,2 %	-34 %	
JA 2013	20 %	12 %	-40 %	
JA 2012	20 %	14,6 %	-27 %	
JA 2011	20 %	12,8 %	-36 %	
JA 2010	15 %	12,6 %	-15 %	
JA 2009	20 %	16,9 %	-16 %	
I/2017	-	28.031 / 145.941	-	

**3140 Förderung von Kindern und Jugendlichen in Institutionen und in Tagespflege**

**1 Abschluss einer Vereinbarung nach § 8a SGB VIII mit allen Tagespflegepersonen**

Abgeschlossene Vereinbarungen

I/2017	100 %	0	100 %	
--------	-------	---	-------	--

Kennzahl (absolut): Anzahl der Tagespflegepersonen mit abgeschlossener Vereinbarung / Anzahl aller Tagespflegepersonen

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Momentan werden die Unterlagen an die Tagespflegepersonen verschickt. Bis Ende 2017 werden alle Vereinbarungen geschlossen sein.

**2 Vorlage eines "Rahmenkonzepts zur Tagespflege"**

Vorliegendes Rahmenkonzept

I/2017	1	0	1	
--------	---	---	---	--

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Das Rahmenkonzept befindet sich im Entwurfsstadium. Mit der Fertigstellung ist bis Ende 2017 zu rechnen.

**3 Gemeinsame Weiterbildungsangebote in den Kindertageseinrichtungen des Kreises durch die Mitarbeiter-/innen des Allgemeinen Sozialen Dienstes (ASD) in den Sozialräumen**

a Anzahl neuer durchgeführter Angebote

I/2017	ohne	0	ohne	
--------	------	---	------	--

Gründe der Abweichung: Neue Weiterbildungsangebote wurden noch nicht entwickelt. Gründe dafür sind organisatorische Veränderungen im Jugendamt.

b Anzahl Teilnehmer-/innen

I/2017	ohne	0	ohne	
--------	------	---	------	--

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Sh. Erläuterungen zu Kennzahl 3a

**3151 Prävention, Förder-, Unterstützungs- und erzieherische Beratungsleistungen**

**1 Entwicklung von niederschweligen Jugendhilfeangeboten zur mittel- bzw. langfristigen Reduzierung von Hilfen zur Erziehung**

Entwickelte Hilfeangebote im niederschweligen Bereich

I/2017	ohne	2	ohne	
--------	------	---	------	--

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Einige niederschwellige Hilfen sind bereits installiert, z.B.  
 - Nachmittagsbetreuung im Rahmen von Sozialer Arbeit an Schulen (Betreuung und Integration von Flüchtlingskindern)  
 - Einsatz von Familienhelferinnen, die in Notsituationen in Familien helfen anstelle von sozialpädagogischer Familienhilfen (SPFH ) nach § 31 SGB VIII (hier wurden bereits entsprechende Entgelte verhandelt).

Inwieweit weitere Angebote im Laufe des Jahres dazukommen, kann nicht prognostiziert werden. Dies ist abhängig vom konkreten Bedarf in den einzelnen Regionen und der Möglichkeit, mit den regionalen Trägern der Jugendhilfe entsprechende Angebote dann auch zu "kreieren".

**3170 Hilfe zur Erziehung**

**1 Erarbeitung neuer Qualitätsstandards und Implementierung als verbindliche Arbeitsgrundlage im Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD)**

Neue Qualitätsstandards liegen vor und sind implementiert

I/2017	100 %	50 %	100 %	
--------	-------	------	-------	--

Gründe der Abweichung: Die Qualitätsstandards werden zunächst für folgende Hilfen entwickelt (§§ SGB VIII): § 30 Erziehungsbeistand, § 31 Sozialpädagogische Familienhilfe, § 32 Tagesgruppe, § 33 Tagespflege, § 34 Heimerziehung und § 35 intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung. Bis zum Jahresende sind Standards entwickelt. Die Umsetzung in der täglichen Arbeit des Sozialen Dienstes soll dann auch abgeschlossen sein.



**3190 Hilfe für junge Volljährige****1 Erarbeitung von Qualitätsstandards zur Verselbstständigung (Antragstellung, Begleitung Übergänge etc.) und Implementierung als verbindliche Arbeitsgrundlage im Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD)**

Neue Qualitätsstandards liegen vor und sind implementiert

I/2017	100 %	75 %	100 %	
--------	-------	------	-------	--

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Bei den Hilfen für junge Volljährige steht die frühe Verselbstständigung der jungen Menschen im Rahmen von stationären Hilfen nach §§ 33 und 34 SGB VIII im Vordergrund. Dies bedeutet einen Ausbau der ambulanten, bei der Verselbstständigung unterstützender Maßnahmen und damit verbunden die Vermeidung von stationären Hilfen. Insbesondere im Bereich der Unterbringung und Versorgung junger Flüchtlinge - die unbegleitet eingereist sind - besteht ein dringender Bedarf. Hier sind die Qualitätsstandards bereits entwickelt, die Umsetzungsphase hat begonnen. Dies zeigt sich am Anstieg der ambulanten Hilfen für junge Volljährige.

**3200 Eingliederungshilfe****1 Entwicklung und Implementierung neuer Qualitätsstandards und Verfahrensabläufe im Fachdienst Eingliederungshilfe im Zuge der Zusammenlegung der Eingliederungsleistungen SGB XII und SGB VIII**

Neue Qualitätsstandards und Verfahrensabläufe liegen vor und wurden implementiert

I/2017	100 %	0	50 %	
--------	-------	---	------	--

Gründe der Abweichung: Durch die Zusammenlegung der Sachgebiete Eingliederungshilfe aus SGB VIII und XII befindet sich der Bereich derzeit in einer Umbruchsphase. Neue Mitarbeiter/-innen sollen bis im 4. Quartal für die pädagogische Arbeit im SGB XII eingestellt werden. Danach erst kann die Arbeit an den Qualitätsstandards begonnen werden. Da die Stellen bis zum Berichtszeitpunkt noch nicht ausgeschrieben wurden, ist mit einer 100%igen Umsetzung des genannten Zieles nicht in diesem Jahr zu rechnen.

**5030 Bauleitplanung**

**1 Optimierung der Planungsprozesse: Einsatz moderner Medien (z. B. Austausch von Fachdaten und geographischen Daten)**

Fristgerecht abgegebene Stellungnahmen

Gründe der Abweichung: 1. Durch die aktuelle personelle Situation des Bereichs "Sonderbauten und Bauleitplanung" ist eine fristgerechte Abgabe der Stellungnahmen nicht immer möglich.  
2. Verzögerter hausinterner Lauf der Eingangspost.

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Abteilungsintern nicht steuerbar.

I/2017	80 %	73 %	75 %	
JA 2016	80 %	87 %	9 %	
JA 2015	80 %	77 %	-4 %	
JA 2014	80 %	76 %	-5 %	
JA 2013	85 %	78 %	-8 %	
JA 2012	85 %	71 %	-16 %	
JA 2011	85 %	84 %	-1 %	
JA 2010	85 %	91 %	7 %	
I/2017	80 / 100	29 / 40	75 / 100	

**5040 Geoinformationssystem (GIS)**

**1 Dienstleistungen Bürger-GIS im Internet sowie GeoOffice Intranet-GIS für Mitarbeiter/-innen: Ständige Updates und Aktualisierung, Erweiterung des Angebotes durch neue Projekte und aktuelle graphische Informationen zum Kreis Bergstraße, Schulung und Fortbildung der Mitarbeiter, hohe online-Verfügbarkeit, Ausfallzeiten minimieren durch Projektmanagement**

a Anzahl Projekt- und Kartenabrufe sowie Downloads Bürger-GIS und Intranet-GIS

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Für das Produkt 5040 stehen aufgrund vertraglicher Änderungen keine unterjährigen Quartalszahlen mehr unentgeltlich zur Verfügung. Aus Kostengründen werden diese nunmehr nur noch einmal p.a. angefordert, um die Jahresendwerte auszuweisen.

Grundsätzlich kann gesagt werden, dass die Zugriffszahlen für das GIS stetig steigen und die online-Verfügbarkeit kontinuierlich bei 98 % liegt.

I/2017	800.000	-	800.000	
JA 2016	800.000	858.100	7 %	
JA 2015	800.000	735.045	-8 %	
JA 2014	800.000	2.052.983	157 %	
JA 2013	750.000	734.184	-2 %	
JA 2012	300.000	810.656	170 %	
JA 2011	88.000	727.852	727 %	
JA 2010	80.000	86.275	8 %	
JA 2009	75.000	76.412	2 %	

**Produkt:**

- b Online-Verfügbarkeit Bürger-GIS an 365 Tagen (8.760 Stunden) sowie Intranet-GIS an 235 Arbeitstagen (2.350 Stunden)  
 Kennzahl (absolut): Stunden Online-Verfügbarkeit Plan / Soll  
 Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Sh. Erläuterungen zu 1a)

HHJ	Plan	Ist	Prog./ Abw.	M
I/2017	98 %	-	98 %	
JA 2016	98 %	99 %	1 %	
JA 2015	98 %	99 %	1 %	
JA 2014	98 %	98 %	0 %	
JA 2013	98 %	98 %	0 %	
JA 2012	98 %	98 %	0 %	
JA 2011	98 %	96 %	-2 %	
JA 2009	98 %	98,5 %	2 %	
I/2017	8.585 / 8.760 + 2.303 / 2.350	-	8.585 / 8.760 + 2.303 / 2.350	

**5051 Bauaufsicht, Baugenehmigung und Wohnbauförderung****1 Kurze Bearbeitungsdauer für Genehmigungsverfahren**

Durchschnittliche Bearbeitungszeit von Antragseingang bis zur Genehmigung (Kalendertage)

Gründe der Abweichung: Die Personalgewinnung im technischen Bereich ist schwierig. Eine vakante Stelle im technischen Bereich konnte erst im Januar 2017 wieder besetzt werden. Einarbeitungszeiten, krankheitsbedingte Ausfälle und Inanspruchnahme Elternzeit konterkarieren den Planwert. Zudem sehr hohe Anzahl Bauanträge.

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Voraussichtlich im Herbst 2017 Rückkehr aus Elternzeit einer Mitarbeiterin sowie Einarbeitung neuer Mitarbeiterin.

I/2017	max. 60	94	88	
JA 2016	max. 60	90	50 %	
JA 2015	max. 60	70	17 %	
JA 2014	max. 60	70	17 %	
JA 2013	max. 60	88	47 %	
JA 2012	max. 60	69	15 %	
JA 2011	max. 60	56	-7 %	
JA 2010	max. 60	46	-23 %	
JA 2009	max. 60	59	-2 %	

**5070 Denkmalschutz****1 Erhaltung des Bestandes an erkannten Kulturdenkmälern bzw. wesentlicher Bestandteile von Gesamtanlagen**

Anteil untergegangener Kulturdenkmäler bzw. wesentlicher Teile von Gesamtanlagen

I/2017	max. 1 %	0,02 %	0,26 %	
JA 2016	max. 1 %	0,21 %	-81 %	
JA 2015	max. 1 %	0,21 %	-79 %	
JA 2014	max. 1 %	0,08 %	-92 %	
JA 2013	max. 1 %	0,21 %	-79 %	
JA 2012	max. 1 %	0,23 %	-77 %	
JA 2011	max. 1 %	0,14 %	-86 %	
JA 2010	max. 1 %	0,16 %	-84 %	
JA 2009	max. 1 %	0,42 %	-58 %	
I/2017	max. 57 / 5.750	1 / 5.750	15 / 5.750	

**5080 Immissionsschutz und Schornsteinfegerwesen****1 Fertigung des Zweitbescheides mit vorangegangener Anhörung zur Durchführung der vorgeschriebenen Schornsteinfegerarbeiten auf der Grundlage des Feuerstättenbescheides von dem bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger**

Durchschnittliche Bearbeitungszeit ab Eingang Mängelbericht bis Fertigung Zweitbescheid (Kalendertage)

Gründe der Abweichung: Optimierung der Zusammenarbeit mit den bevollmächtigten Bezirksschornsteinfegern. Sofortige Neubesetzung der vakanten Kehrbezirke der in Ruhestand versetzten bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger. Entsprechend den Erfahrungen aus Vorjahren erhöht sich die Anzahl der Fertigung der Zweitbescheide im 2. Halbjahr, sodass die Bearbeitungszeit wieder ansteigt.

I/2017	max. 50	43	48	
JA 2016	max. 50	47	-6 %	
JA 2015	max. 50	42	-16 %	

**5090 Verwaltung der Kreisstraßen**

**1 Erreichen der Zustandsklasse unterhalb des Warnwertes von 3,50 für alle Kreisstraßen (Mittelwert)**

Zustandsklasse < 3,50 auf der Gesamtstrecke (112,1 km; Stichtag: 31.12.2016)

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Um für alle Kreisstraßen die Zustandsklasse 3,5 als Obergrenze zu erreichen, sind entsprechende Mittel für die erforderlichen Investitions- und (Wert-)erhaltungsmaßnahmen bereitzustellen, die deutlich über das derzeitige Niveau hinausgehen müssen. Insbesondere sind Erhaltungsmaßnahmen, grundhafte Erneuerungen und Deckenerneuerungen - auch ohne Förderung durch Bund und Land - notwendig, um den Werteverzehr aufzuhalten. Insbesondere auch im Bereich der Ingenieurbauwerke (Über- und Unterführungen, Stützbauwerke) - deren Zustand sich nicht in der Zustandsklasse spiegelt - ist in den kommenden Jahren mit größerem Erhaltungs-, Instandsetzungs- und Ersatzneubauaufwand zu rechnen.

I/2017	3,92	4,14	3,92	
JA 2016	3,79	4,06	7 %	
JA 2015	3,95	3,92	-0,8 %	
JA 2014	4,19	4,02	-4 %	
JA 2013	4,09	4,07	-0,5 %	
JA 2012	4,37	4,21	-4 %	
JA 2011	4,22	4,11	-3 %	
JA 2010	3,95	4,22	7 %	
JA 2009	3,95	4,14	5 %	

**5100 Öffentlicher Personennahverkehr**

**1 Qualitätssteigerung des Verkehrsangebots**

Anzahl der Beschwerden je 100.000 Fahrgäste

I/2017	max. 6	1,12	3,36	
JA 2016	max. 6	3,31	-45 %	
JA 2015	max. 6	1,68	-72 %	
JA 2014	max. 6	2,3	-62 %	
JA 2013	max. 6	2,2	-63 %	
JA 2012	max. 7	1,5	-79 %	
JA 2011	max. 7	2,1	-70 %	
JA 2010	max. 7	2,4	-66 %	
JA 2009	max. 7	2,4	-66 %	
I/2017	max 386 / 6.437.000	72 / 6.437.000	216 / 6.437.000	

**5141 Boden- und Gewässerschutz****1 Erhalt und Erhöhung der Anzahl der Wasserschutzgebiete mit Kooperationsvertrag**

Anzahl der Wasserschutzgebiete mit Kooperationsvertrag

Gründe der Abweichung: In 2016 wurden weitere Kooperationsverträge zwischen Wasserversorgern und Landwirten abgeschlossen.

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Es wird weiterhin versucht, die Abschlüsse der Kooperationsverträge zwischen Landwirten und Wasserversorgern voranzutreiben.

I/2017	27	30	30	
JA 2016	27	30	11 %	
JA 2015	27	24	-11 %	
JA 2014	16	24	50 %	
JA 2013	16	20	25 %	
JA 2012	15	15	0 %	
JA 2011	15	10	-33 %	
JA 2010	15	10	-33 %	
JA 2009	11	10	-9 %	

**6020 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft****1 Kreditportfoliomanagement: Liquiditätssicherung, Begrenzung des Zinsänderungsrisikos, Nutzung öffentlicher Finanzierungsmöglichkeiten, Sicherstellung günstiger Marktkonditionen durch Wettbewerbsverfahren**

Zinsaufwand Investitionskredite einschließlich Derivate auf Basis der Zinsfestschreibung bzw.

Forwardzinssätze: ZinsA + 1,0 % < ZinsA Plan (in €)

Gründe der Abweichung: Der Zinsaufwand hat sich aufgrund der günstigen Zinskonditionen und dem späteren Kreditbedarf positiv entwickelt.

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Im Istwert I 2017 sind die Zinsen 2017 für bestehende festverzinsliche Investitionskredite bis auf die Zinsabgrenzung (d. h. im Jahr 2018 fällige, jedoch dem Haushaltsjahr 2017 zuzurechnende Zinsen) bereits in voller Höhe enthalten.

I/2017	527.679	320.467	503.711	
JA 2016	604.542	432.957	-28 %	
JA 2015	758.346	551.446	-27 %	
JA 2014	1.480.417	1.321.246	-11 %	
JA 2013	1.703.827	1.430.187	-16 %	
JA 2012	1.815.617	1.577.962	-13 %	
JA 2011	1.809.218	1.651.822	-9 %	
JA 2010	1.831.602	1.722.660	-14 %	

**Produkt:**

2

Zinslastquote = Finanzaufwendungen x 100 / Summe der ordentlichen Aufwendungen

Kennzahl (absolut): Finanzaufwendungen in Mio. € / Summe der ordentlichen Aufwendungen in Mio. €

Gründe der Abweichung: Sh. Erläuterungen zu Kennzahl 1

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Eine unterjährige Betrachtung dieser Kennzahl ist nicht sinnvoll, da es sich um jahresbezogene Aufwendungen handelt.

**HHJ      Plan      Ist      Prog./ Abw. M**

I/2017	1,58 %	sh. Erl.	1,45 %	
<b>JA 2016</b>	<b>2,00 %</b>	<b>1,73 %</b>	<b>-14 %</b>	
<b>JA 2015</b>	<b>3,28 %</b>	<b>1,77 %</b>	<b>-46 %</b>	
<b>JA 2014</b>	<b>3,36 %</b>	<b>1,62 %</b>	<b>-52 %</b>	
<b>JA 2013</b>	<b>3,57 %</b>	<b>1,77 %</b>	<b>-50 %</b>	
<b>JA 2012</b>	<b>4,27 %</b>	<b>1,91 %</b>	<b>-55 %</b>	
<b>JA 2011</b>	<b>3,19 %</b>	<b>2,25 %</b>	<b>-29 %</b>	
I/2017	6,6376 / 420,3910	sh. Erl.	6,1262 / 421,0605	